

Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht

des Hauptausschusses

zur

Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg für die 6. Wahlperiode

und zum

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Das Parlament zum zentralen Ort der öffentlichen Debatte machen!“

- Drucksache 6/13 -

Berichtersteller:

Abgeordneter Mike Bischoff (SPD)

Beschlussempfehlung:

1. Der Landtag möge die als Anlage 1 beigefügten und vom Hauptausschuss beschlossenen Änderungen der Geschäftsordnung annehmen.
2. Der Landtag möge den obengenannten Antrag für erledigt erklären.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag Brandenburg hatte in seiner 1. Sitzung am 8. Oktober 2014 neben Beschlussfassungen über die vorläufige Geschäftsordnung und die Erarbeitung der Geschäftsordnung den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Das Parlament zum zentralen Ort der öffentlichen Debatte machen!“, Drucksache 6/13, an den Hauptausschuss überwiesen.

Nach Verabschiedung der Geschäftsordnung des Landtages für die 6. Wahlperiode im März 2015 waren sich die Mitglieder des Hauptausschusses einig, sich auch in Anbetracht sinkender Wahlbeteiligung Zeit zu nehmen, um ausführlich über die Ausgestaltung der Parlamentsarbeit zu beraten. In diesem Zusammenhang hatte der Hauptausschuss den Parlamentarischen Beratungsdienst beauftragt, ein Gutachten (Neue Elemente der Parlamentsarbeit - Regelungen und Erfahrungen in anderen Ländern und im Bund) anzufertigen.

Die im Hauptausschuss zur Diskussion gestellte Idee der Bildung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Vorschlägen für lebendige Debatten - auch unter Einbeziehung externen Sachverständs - wurde verworfen. Stattdessen hat man die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer mit dieser Aufgabe betraut.

Die Befassung mündete in einen Bericht der Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer aller Fraktionen an den Hauptausschuss vom 2. Juni 2015, in dessen Ergebnis beschlossen wurde, eine umfangreiche Anhörung zu dieser Problematik durchzuführen. Diese Anhörung fand in der 11. Sitzung des Hauptausschusses am 7. Oktober 2015 statt (siehe Protokoll P-HA 6/11).

Der Hauptausschuss hat in seiner 14. Sitzung am 13. Januar 2016 die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer gebeten, konkrete Vorschläge zur Änderung der Geschäftsordnung mit dem Ziel der Belebung der Parlamentsdebatte für die Sitzung des Hauptausschusses am 1. Juni 2016 vorzulegen. Diese Frist war in Anbetracht der für Juli 2016 zu erwartenden Entscheidung des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg im Organstreitverfahren der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER zu Regelungen des Fraktionsgesetzes und der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg verschoben worden.

Diese Vorschläge wurden mit Vermerk vom 1. November 2016 nunmehr vorgelegt, sodass sich der Hauptausschuss abschließend mit dem Regelungsgegenstand in seiner 20. Sitzung am 2. November 2016 befasst hat.

B. Beratung

Dem Hauptausschuss lag zur Beratung ein Vermerk vor, in dem die Änderungen der Geschäftsordnung aufgeführt und zum Teil mit Anmerkungen versehen wurden (Anlage 2).

Des Weiteren lag eine Stellungnahme des Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz vor, die der Hauptausschuss erbeten hatte und die dessen Mitglieder zur Kenntnis genommen haben (Anlage 3).

Die Änderungen wurden punktweise abgestimmt - das Abstimmungsergebnis ist der Anlage 2 zu entnehmen.

Im Wesentlichen sind die Änderungen infolge der intensiven Diskussionen in den vorbereitenden Beratungsrunden der Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer von den Mitgliedern des Hauptausschusses einstimmig beschlossen worden.

Punktuell gab es jedoch unterschiedliche Auffassungen.

Zwar wandte sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht inhaltlich gegen die neue Regelung in § 13, wonach sich die Präsidentin auch durch Ausschussvorsitzende vertreten lassen kann, soweit ein inhaltlicher Bezug zu deren Arbeit besteht, konnte aber die Begründung der Regelung nicht mittragen (Gestattung der Nutzung eines Dienstfahrzeuges).

Die Anfügung des Satzes „Regierungserklärungen sowie Haushalts- und Nachtragshaushaltsgesetzentwürfe werden in der Regel an Stelle der Aktuellen Stunde behandelt“ an § 18 Absatz 2 GOLT sorgte bei den Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe BVB / FREIE WÄHLER für Kritik. Während die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Streichung des Wortes „Nachtragshaushaltsgesetzentwürfe“ begehrte, um in solchen Fällen die Aktuelle Stunde dennoch durchführen zu können, warben die Fraktion der CDU und die Gruppe BVB / FREIE WÄHLER für das Ersetzen der Wörter „werden in der Regel“ durch das Wort „können“ ... behandelt werden. Dadurch werde sichergestellt, dass zwar die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer entscheiden können, die Aktuelle Stunde in den angegebenen Fällen zu ersetzen, dies jedoch nicht die Regel sein müsse und insbesondere die Opposition ihre aktuellen Themen einbringen könnte. Dem hielten die Koalitionsfraktionen entgegen, dass „in der Regel“ gleichfalls Ausnahmen impliziere und gerade Haushaltsgesetze immer auch aktuelle Themen zum Inhalt hätten. Außerdem gäbe es jeweils einen zweiten Plenumstag, an dem die Aktuelle Stunde stattfinde.

Diskutiert worden ist im Rahmen der Änderung der Geschäftsordnung auch der mögliche Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern. Im Ergebnis des geführten Fachgesprächs dazu wurde von den Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgender Vorschlag unterbreitet:

„§ 19 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.
- b) Es wird folgender Absatz angefügt:

„(2) Beratungen des Landtages von zentraler Bedeutung werden durch eine Gebärdensprachdolmetscherin oder einen Gebärdensprachdolmetscher begleitet; das Präsidium beschließt weitergehende Festlegungen, die auch den Begriff der zentralen Bedeutung näher bestimmen.“

Unterschiedliche Auffassungen gab es dabei zu Absatz 2 Satz 2. Während die Fraktion der CDU diese Aufgabe im Hauptausschuss sieht, siedeln die Koalitionsfraktionen und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dies im Präsidium an. Insoweit hat sich der Vertreter der Fraktion der CDU enthalten.

Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU sprachen sich im Folgenden gegen die neue Regelung in Punkt 10 (Anlage 2 Nummer 7 Satz 2) aus, wonach in der Fragestunde die möglichen drei Zusatzfragen zusammenhängend zu stellen sind. Das diene nicht dazu, die Fragestunde lebendig zu gestalten.

Im Folgenden wurden die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellten Anträge zur Regierungsbefragung (4 : 6 : 0) und zur Modifikation des Verfahrens der Aktuellen Stunde (1 : 9 : 0) mehrheitlich abgelehnt.

Sodann wurden die beschlossenen Änderungen der Geschäftsordnung in Gänze abgestimmt (6 : 0 : 3) sowie der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Das Parlament zum zentralen Ort der öffentlichen Debatte machen!“, Drucksache 6/13, als erledigt erklärt.

Insoweit war dem Landtag die vorliegende Beschlussempfehlung zu unterbreiten.

Mike Bischoff
Berichtersteller und
Vorsitzender des Hauptausschusses

Anlagen

Beschlüsse des Hauptausschusses zur Änderung der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg in der 6. Wahlperiode

„Die Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg vom 24. März 2015 (GVBl. I Nr. 8) wird wie folgt geändert:

1. Dem § 13 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Bei repräsentativen Anlässen kann sich die Präsidentin ausnahmsweise auch durch einen Ausschussvorsitzenden oder eine Ausschussvorsitzende vertreten lassen, soweit ein inhaltlicher Bezug zur Ausschusstätigkeit besteht und der Vizepräsident verhindert ist.“

2. § 18 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Regierungserklärungen sowie Haushalts- und Nachtragshaushaltsgesetzentwürfe werden in der Regel an Stelle der Aktuellen Stunde behandelt.“

b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Abweichend von Absatz 2 kann jede Fraktion und Gruppe einen Beratungsgegenstand, der in einer der Sitzungen der nächsten regulären Plenarsitzungswoche behandelt werden soll, als Priorität anmelden. Die Priorität soll bis zum Dienstag der der Plenarsitzungswoche vorausgehenden Woche, spätestens jedoch bis zum Beginn der Sitzung des Präsidiums, in der die Beschlussfassung gemäß Absatz 1 Satz 1 erfolgt, angemeldet werden. Die angemeldeten Prioritäten werden nach Aktueller Stunde und Fragestunde in einem Prioritätenblock behandelt. Werden Prioritäten für den Folgetag einer mehrtägigen Sitzung angemeldet, werden sie zu Beginn dieses Sitzungstages behandelt. Die Reihenfolge der für einen Sitzungstag angemeldeten Prioritäten richtet sich nach der Stärke der Fraktionen und Gruppen.“

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

3. § 19 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.

b) Es wird folgender Absatz angefügt:

„(2) Beratungen des Landtages von zentraler Bedeutung werden durch eine Gebärdensprachdolmetscherin oder einen Gebärdensprachdolmetscher begleitet; das Präsidium beschließt weitergehende Festlegungen, die auch den Begriff der zentralen Bedeutung näher bestimmen.“

4. In § 40 Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „mit einer Signatur zu versehen, die die Urheberschaft zweifelsfrei erkennen lässt“ durch die Wörter „im Sinne von Absatz 3 Satz 1 und 2 elektronisch eingebracht“ ersetzt.

5. In § 48 Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „mit einer Signatur versehen sein, die die Urheberschaft zweifelsfrei erkennen lässt“ durch die Wörter „im Sinne von § 40 Absatz 3 Satz 1 und 2 elektronisch eingebracht sein“ ersetzt.

6. In § 60 Absatz 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Fraktion“ die Wörter „oder eine Gruppe“ eingefügt.

7. Dem § 73 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Satz 1 gilt entsprechend für die Einsetzung von Berichterstattungsgruppen durch Enquete-Kommissionen.“

8. In § 74 Absatz 2 Satz 1 und 2 werden jeweils nach dem Wort „Fraktionen“ die Wörter „und Gruppen“ eingefügt.

9. In § 95 Absatz 1 wird in Satz 2 am Ende folgender Halbsatz eingefügt:

„; das Präsidium kann stattdessen ein Verfahren zur elektronischen Verteilung des Plenarprotokoll festlegen.“

10. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

a) In der Tabelle wird folgende neue Redezeit 1 eingefügt:

„Redezeit	SPD	CDU	DIE LINKE	AfD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	LReg	Gesamt
1	3	3	3	3	3	3	18“

b) Die bisherigen Redezeiten 1 bis 5 werden die Redezeiten 2 bis 6.

c) Die Weiteren Vereinbarungen werden wie folgt geändert:

aa) Der zweite Anstrich wird wie folgt gefasst:

„- **Gesetzentwürfe, Anträge und Große Anfragen:**
3 bzw. 5 Min. Bonus für Einbringende*)“.

bb) Die Fußnote zum zweiten Anstrich wird wie folgt gefasst:

„*) Bei mehreren Einbringenden Bonus für nur einen oder eine der Einbringenden. Bringt derselbe oder dieselbe Einbringende mehrere Gesetzentwürfe oder Anträge zu demselben Regelkreis ein und werden diese in Verbindung miteinander unter einem Tagesordnungspunkt beraten, so steht dem oder der Einbringenden nur ein Bonus von 3 bzw. 5 Minuten zu. Von einem einheitlichen Regelkreis ist jedenfalls dann auszugehen, wenn

a) mit mehreren Gesetzentwürfen dasselbe Gesetz geändert werden soll oder

b) Anträge sich auf denselben Sachverhalt beziehen, sich jeweils mit Teilaspekten desselben Themas befassen und im Wesentlichen übereinstimmende Ziele verfolgen.“

cc) In dem auf die Anstriche folgenden Text wird Satz 2 durch folgende Sätze ersetzt:

„Bei Plenarsitzungen, die sich über zwei Sitzungstage erstrecken, erhöht sich die Rededauer einer Gruppe von drei Mitgliedern des Landtages auf 45 Minuten, bei einer Gruppe von vier Mitgliedern des Landtages auf 50 Minuten sowie bei einem fraktionslosen Mitglied des Landtages auf zwölf Minuten; soweit der vom Präsidium gemäß § 18 Absatz 1 Satz 1 beschlossene Entwurf der Tagesordnung für den zweiten Sitzungstag eine reine Sitzungsdauer von mehr als vier Stunden ausweist, erhöht sich die Rededauer einer Gruppe von drei Mitgliedern des Landtages auf 60 Minuten, bei einer Gruppe von vier Mitgliedern des Landtages auf 70 Minuten sowie bei einem fraktionslosen Mitglied des Landtages auf 16 Minuten. Die Redezeit kann die Gruppe oder das fraktionslose Mitglied des Landtages auf einzelne Beratungsgegenstände einschließlich der Aktuellen Stunde verteilen; dies gilt auch über die einzelnen Sitzungstage einer Plenarsitzungswoche hinweg. Ein Redebeitrag soll dabei nicht länger als derjenige Redebeitrag sein, welcher der kleinsten Fraktion zusteht.“

11. Anlage 2 Nummer 7 Satz 2 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„Diese müssen zusammenhängend gestellt werden. Die Zusatzfragen müssen mit der Hauptfrage in unmittelbarem Zusammenhang stehen und dürfen jeweils nur eine einzelne, nicht unterteilte Frage enthalten.“

12. Anlage 3 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 Satz 1 und 2, Nummer 2 Satz 4, Nummer 4 Satz 2, 3 und 4 werden jeweils nach dem Wort „Fraktion“ die Wörter „oder Gruppe“ eingefügt.

b) In Nummer 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Fraktionen“ die Wörter „oder Gruppen“ eingefügt und die Wörter „im Präsidium des Landtages“ gestrichen.

c) In Nummer 4 Satz 1 wird die Angabe „Variante 2“ durch die Angabe „Variante 3“ ersetzt.

13. Anlage 5 § 7 Absatz 5 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden nach den Wörtern „verteilt werden“ die Wörter „; dies gilt auch für Fälle der Stellvertretung gemäß § 79 Absatz 1“ eingefügt.
- b) In Satz 2 wird das Wort „Sie“ durch die Wörter „Die Verschlussache“ ersetzt.

14. Anlage 9 wird wie folgt geändert:

- a) In § 1 Satz 2 werden die Wörter „mit einer elektronischen Signatur zu versehen“ durch die Wörter „nach dem vom Präsidium gemäß § 3 Absatz 1 festgelegten Verfahren elektronisch einzubringen“ ersetzt.
- b) § 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„Beratungsmaterialien sollen elektronisch eingebracht werden; das Präsidium legt ein entsprechendes Verfahren fest.“
 - bb) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aaa) In Satz 1 werden die Wörter „als Urschrift-Datei“ gestrichen.
 - bbb) In Satz 2 werden die Wörter „der der Landtagsverwaltung zur Weiterverarbeitung übermittelten Dateien mit der Urschrift-Datei“ durch die Wörter „beider Dateien“ ersetzt.“

Landtagsverwaltung

Referat P 1

H:\Documents\1\6. WP\Geschäftsordnung\Sammlung Änderungs
änderungsvorschläge September 2016 überarbeitet.doc
xH:\Documents\1\6. WP\Geschäftsordnung\Sammlung
Änderungsvorschläge September 2016 überarbeitet.doc
cx

1. November 2016

Nadine Korte

Tel.: +49 331 966-1133

Vermerk

Änderung der Geschäftsordnung

Übersicht bisher diskutierter Änderungsvorhaben

Der Hauptausschuss hat die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer aller Fraktionen am 21. September 2016 beauftragt, alle in der Diskussion befindlichen Änderungsvorschläge zur Geschäftsordnung des Landtages zusammenzutragen und – soweit möglich – hieraus bereits konkrete Regelungsvorschläge abzuleiten. Diese sollten dem Hauptausschuss zur abschließenden Beratung am 2. November 2016 vorgelegt werden.

Nachstehend eine Zusammenfassung der zwischen den Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern erzielten Ergebnisse. Soweit bezüglich einzelner Aspekte kein Konsens hergestellt werden konnte, ist dies bei den jeweiligen Punkten gesondert hervorgehoben. Zur erleichterten Übernahme in eine Beschlussempfehlung ist der Text bereits in Form von Änderungsanweisungen formuliert:

„Die Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg vom 24. März 2015 (GVBl. I Nr. 8) wird wie folgt geändert:

1. Dem § 13 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Bei repräsentativen Anlässen kann sich die Präsidentin ausnahmsweise auch durch einen Ausschussvorsitzenden oder eine Ausschussvorsitzende vertreten lassen, soweit ein inhaltlicher Bezug zur Ausschusstätigkeit besteht und der Vizepräsident verhindert ist.“

9:1:0

Anmerkung zu Nummer 1:

Die AfD-Fraktion stellte die Notwendigkeit einer solchen Regelung infrage. Ansonsten bestand zwischen den PGF Einvernehmen hinsichtlich des Regelungsvorschlages.

2. § 18 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Regierungserklärungen sowie Haushalts- und Nachtragshaushaltsgesetzentwürfe werden in der Regel an Stelle der Aktuellen Stunde behandelt.“

6:3:1

Anmerkung zu Nummer 2 Buchstabe a:

Die vorgenannte Formulierung wird von den Fraktionen SPD / DIE LINKE und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN favorisiert.

Die Fraktionen CDU und AfD bevorzugen statt des Einschubes „in der Regel“ die Formulierung „(...) können anstelle der Aktuellen Stunde behandelt werden.“

Der Sprecher der Gruppe BVB / Freie Wähler schlägt vor, bei der derzeitigen Regelung der Geschäftsordnung zu verbleiben.

b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Abweichend von Absatz 2 kann jede Fraktion und Gruppe einen Beratungsgegenstand, der in einer der Sitzungen der nächsten regulären Plenarsitzungswoche behandelt werden soll, als Priorität anmelden. Die Priorität soll bis zum Dienstag der der Plenarsitzungswoche vorausgehenden Woche, spätestens jedoch bis zum Beginn der Sitzung des Präsidiums, in der die Beschlussfassung gemäß Absatz 1 Satz 1 erfolgt, angemeldet werden. Die angemeldeten Prioritäten werden nach Aktueller Stunde und Fragestunde in einem Prioritätenblock behandelt. Werden Prioritäten für den Folgetag einer mehrtägigen Sitzung angemeldet, werden sie zu Beginn dieses Sitzungstages behandelt. Die Reihenfolge der für einen Sitzungstag angemeldeten Prioritäten richtet sich nach der Stärke der Fraktionen und Gruppen.“

10:0:0

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

10:0:0

**Gebärdendolmetscher/-innen bei zentralen Plenardebatten
(Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)**

Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN formulierte den Vorschlag, zentrale Plenardebatten (z.B. Aktuelle Stunde, Regierungserklärungen) durch Gebärdendolmetscher/-innen begleiten zu lassen. Sofern eine entsprechende Regelung formal in die GOLT aufgenommen werden soll, könnte sie z. B. bei § 19 (Öffentlichkeit der Sitzungen) verankert werden. Jedoch stehen vor allem Überlegungen im Raum, dieses Thema unabhängig von der GOLT zu behandeln; hierzu findet am 2. November 2016 ein Fachgespräch des Hauptausschusses statt.

Vor diesem Hintergrund wird zunächst von einem konkreten Regelungsvorschlag abgesehen; ein solcher müsste je nach Ergebnis des Fachgespräches dann ggf. nachgeführt werden.

§ 19 Abs. 2
(neu)
9:0:1

3. In § 40 Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „mit einer Signatur zu versehen, die die Urheberschaft zweifelsfrei erkennen lässt“ durch die Wörter „im Sinne von Absatz 3 Satz 1 und 2 elektronisch eingebracht“ ersetzt.
4. In § 48 Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „mit einer Signatur versehen sein, die die Urheberschaft zweifelsfrei erkennen lässt“ durch die Wörter „im Sinne von § 40 Absatz 3 Satz 1 und 2 elektronisch eingebracht sein“ ersetzt.
5. In § 60 Absatz 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Fraktion“ die Wörter „oder eine Gruppe“ eingefügt.

10:0:0

10:0:0

10:0:0

6. Dem § 73 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Satz 1 gilt entsprechend für die Einsetzung von Berichterstattungsgruppen durch Enquete-Kommissionen.“

10:0:0

Anmerkung zu Nummer 6:

Über den vorgenannten Regelungstext hinaus schlagen die PGF vor, dass der Hauptausschuss die LT-V mit der Erarbeitung eines Vorschlags zu ergänzenden Festlegungen beauftragt. Hierbei soll geregelt werden, inwieweit das Verfahren für Unterausschüsse ebenfalls entsprechend für die Berichterstattungsgruppen der EK gilt.

Der Vorschlag der LT-V soll im Ergebnis eine Experimentierklausel zum Gegenstand haben, deren (ggf. nach Erprobung modifizierter) Inhalt dann Gegenstand einer späteren Änderung der Geschäftsordnung werden soll.

7. In § 74 Absatz 2 Satz 1 und 2 werden jeweils nach dem Wort „Fraktionen“ die Wörter „und Gruppen“ eingefügt.

10:0:0

**Einführung von Fachgesprächen in § 81a GOLT
(Vorschlag des AEEV)**

Der AEEV hatte in seiner Stellungnahme vom 13. Oktober 2016 vorgeschlagen, einen neuen § 81a einzufügen, der die Durchführung von Fachgesprächen zum Gegenstand haben sollte. Konkret war folgender Regelungstext vorgeschlagen worden:

„§ 81a

Durchführung von Fachgesprächen

(1) Ein Ausschuss kann mehrheitlich beschließen, zu bestimmten Themen ein Fachgespräch mit einzelnen Experten durchzuführen.

(2) § 81 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 6 gelten entsprechend.“

Da sich bei unveränderter Übernahme dieses Vorschlages zahlreiche Unklarheiten im Hinblick auf die formale und inhaltliche Abgrenzung von Fachgesprächen gegenüber Anhörungen ergeben hätten, verständigten sich die PGF im Ergebnis darauf, dem Hauptausschuss zunächst eine Beauftragung des PBD nahezulegen. Gegenstand der Beauftragung sollte die vergleichende Prüfung ähnlicher Regelungen anderer Parlamente und die anschließende Ableitung eines Regelungsvorschlages sein, der dann zunächst Niederschlag in einer Experimentierklausel finden und auf dieser Basis erprobt werden sollte.

**Fristverkürzung für Antragstellung gemäß § 94 Absatz 4 GOLT
(Vorschlag des AEEV)**

Der AEEV hatte in seiner o.g. Stellungnahme weiter vorgeschlagen, die in § 94 Absatz 4 GOLT vorgesehene Frist von einer Woche für die Beantragung einer Plenarbefassung in Eilfällen auf drei Tage zu verkürzen. Wegen der dadurch je nach Einzelfall erheblich erschwerten fristgerechten Meinungsbildung verständigten sich die PGF im Ergebnis darauf, dass diesem Vorschlag des AEEV nicht gefolgt werden soll; stattdessen soll es bei der derzeitigen Frist verbleiben.

8. In § 95 Absatz 1 wird in Satz 2 am Ende folgender Halbsatz eingefügt:

„; das Präsidium kann stattdessen ein Verfahren zur elektronischen Verteilung des Plenarprotokoll festlegen.“

10:0:0

9. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

a) In der Tabelle wird folgende neue Redezeit 1 eingefügt:

„Redezeit	SPD	CDU	DIE LINKE	AfD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	LReg	Gesamt
1	3	3	3	3	3	3	18"

10:0:0

b) Die bisherigen Redezeiten 1 bis 5 werden die Redezeiten 2 bis 6.

10:0:0

c) Die Weiteren Vereinbarungen werden wie folgt geändert:

10:0:0

aa) Der zweite Anstrich wird wie folgt gefasst:

„- **Gesetzentwürfe, Anträge und Große Anfragen:**
3 bzw. 5 Min. Bonus für Einbringende*)“.

bb) Die Fußnote zum zweiten Anstrich wird wie folgt gefasst:

„*) Bei mehreren Einbringenden Bonus für nur einen oder eine der Einbringenden. Bringt derselbe oder dieselbe Einbringende mehrere Gesetzentwürfe oder Anträge zu demselben Regelkreis ein und werden diese in Verbindung miteinander unter einem Tagesordnungspunkt beraten, so steht dem oder der Einbringenden nur ein Bonus von 3 bzw. 5 Minuten zu. Von einem einheitlichen Regelkreis ist jedenfalls dann auszugehen, wenn

a) mit mehreren Gesetzentwürfen dasselbe Gesetz geändert werden soll oder

b) Anträge sich auf denselben Sachverhalt beziehen, sich jeweils mit Teilaspekten desselben Themas befassen und im Wesentlichen übereinstimmende Ziele verfolgen.“

cc) In dem auf die Anstriche folgenden Text wird Satz 2 durch folgende Sätze ersetzt:

„Bei Plenarsitzungen, die sich über zwei Sitzungstage erstrecken, erhöht sich die Rededauer einer Gruppe von drei Mitgliedern des Landtages auf 45 Minuten, bei einer Gruppe

von vier Mitgliedern des Landtages auf 50 Minuten sowie bei einem fraktionslosen Mitglied des Landtages auf zwölf Minuten; soweit der vom Präsidium gemäß § 18 Absatz 1 Satz 1 beschlossene Entwurf der Tagesordnung für den zweiten Sitzungstag eine reine Sitzungsdauer von mehr als vier Stunden ausweist, erhöht sich die Rededauer einer Gruppe von drei Mitgliedern des Landtages auf 60 Minuten, bei einer Gruppe von vier Mitgliedern des Landtages auf 70 Minuten sowie bei einem fraktionslosen Mitglied des Landtages auf 16 Minuten. Die Redezeit kann die Gruppe oder das fraktionslose Mitglied des Landtages auf einzelne Beratungsgegenstände einschließlich der Aktuellen Stunde verteilen; dies gilt auch über die einzelnen Sitzungstage einer Plenarsitzungswoche hinweg. Ein Redebeitrag soll dabei nicht länger als derjenige Redebeitrag sein, welcher der kleinsten Fraktion zusteht.“

10. Anlage 2 Nummer 7 Satz 2 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„Diese müssen zusammenhängend gestellt werden. Die Zusatzfragen müssen mit der Hauptfrage in unmittelbarem Zusammenhang stehen und dürfen jeweils nur eine einzelne, nicht unterteilte Frage enthalten.“

6:4:0

Regierungsbefragung (Vorschlag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus wurde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Einführung einer vierteljährlichen Regierungsbefragung vorgeschlagen und dabei Bezug auf das Gutachten des PBD zu „Neuen Elementen der Parlamentsarbeit“ vom 31. Januar 2015 genommen. Konkret wurde vorgeschlagen, die Grundlage für eine solche Regierungsbefragung in Anlage 2 der Geschäftsordnung zu schaffen. Bei Zugrundelegung der Regelungen des Abgeordnetenhauses von Berlin könnte eine entsprechende Regelung z.B. wie folgt aussehen:

„Der Anlage 2 wird folgende Nummer 11 angefügt:

„11. Einmal im Vierteljahr wird die Fragestunde abweichend von den Nummern 1 bis 10 nach folgendem Verfahren durchgeführt:

a) Jedes Mitglied des Landtages ist berechtigt, im Anschluss an die Aktuelle Stunde ohne vorherige schriftliche Einreichung eine mündliche Anfrage an die Landesregierung zu richten (Spontane Anfrage). Die Anfragen sind durch ein Mitglied der Landesregierung, das bei Abwesenheit durch die zuständige Staatssekretärin oder den zuständigen Staatssekretär vertreten werden kann, zu beantworten. Die Frage muss ohne Begründung kurz gefasst und von allgemeinem Interesse sein sowie eine kurze Beantwortung ermöglichen; sie darf nicht in Unterfragen gegliedert sein. Die Präsidentin weist Fragen zurück, die diesen Anforderungen nicht genügen.

4:6:0

b) An die mündliche Antwort der Landesregierung schließt sich keine Besprechung an. Im Anschluss an die Beantwortung können bis zu zwei Zusatzfragen gestellt werden. Mindestens eine Zusatzfrage steht dem insoweit vorrangig zu berücksichtigenden anfragenden Mitglied zu; eine weitere Zusatzfrage kann auch von einem anderen Mitglied des Landtages gestellt werden. Zusatzfragen sind solche Fragen, die sich aus der Antwort der Landesregierung ergeben. Buchstabe a Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

c) Die Dauer der Fragestunde beträgt 60 Minuten. In der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen und der Gruppe werden zunächst nacheinander zwei gesetzte Fragerunden durchgeführt; danach erfolgt ein freier Zugriff in der Reihenfolge der Anmeldung der Fragen.“

10. Anlage 3 wird wie folgt geändert:

10:0:0

- a) In Nummer 1 Satz 1 und 2, Nummer 2 Satz 4, Nummer 4 Satz 2, 3 und 4 werden jeweils nach dem Wort „Fraktion“ die Wörter „oder Gruppe“ eingefügt.
- b) In Nummer 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Fraktionen“ die Wörter „oder Gruppen“ eingefügt und die Wörter „im Präsidium des Landtages“ gestrichen.
- c) In Nummer 4 Satz 1 wird die Angabe „Variante 2“ durch die Angabe „Variante 3“ ersetzt.

**Modifikation des Verfahrens zur Aktuellen Stunde
(Vorschlag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)**

Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird vorgeschlagen, das Verfahren zur Festlegung der Themen der Aktuellen Stunde nach Vorbild des Berliner Modells zu modifizieren. Abweichend vom dortigen Modell sollen jedoch die Menge der möglichen Zugriffe nicht für alle Fraktionen (und die Gruppe) gleich verteilt sein, sondern sich an deren Stärkeverhältnis orientieren.

Dies würde eine Veränderung von Anlage 3 Nummer 2 GOLT voraussetzen. Eine alternative Regelung könnte etwa wie folgt aussehen:

„2. Fraktionen und Gruppen können die Durchführung einer Aktuellen Stunde beantragen. Sie haben das Recht auf Berücksichtigung derjenigen Anzahl von Anträgen pro Kalenderjahr, die dem Verhältnis ihrer Stärke im Sinne von § 10 Absatz 1 entspricht. Jede Fraktion und Gruppe kann spätestens bis zu dem einer Präsidiumssitzung vorangehenden Tag, 13 Uhr, einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde einbringen, soweit das Recht auf Berücksichtigung im laufenden Kalenderjahr nicht nach Satz 1 bereits verbraucht ist. Bei Vorliegen mehrerer Anträge entscheidet das Präsidium, welche Anträge in den folgenden Plenarsitzungen Berücksichtigung finden sollen.“

1:9:0

Hierzu folgende Hinweise der LT-V:

1. Eine der Anlage 3 Nummer 2 Satz 4 entsprechende Regelung (Ausnahme des Themenaustausches wegen nicht vorhersehbarer aktueller Themen) ließe sich mit der vorstehend skizzierten Verfahren nicht in Einklang bringen. Hierzu wäre daher ebenfalls eine Verständigung erforderlich.

2. Angesichts der Einbeziehung der Gruppe in das Antragsrecht würde die Entscheidung über vorliegende Vorschläge im Präsidium ohne Beteiligung der Gruppe stattfinden. Eine Verlagerung der Entscheidungsfindung in den Kreis der PGF erscheint jedoch wegen des informellen Charakters der Runde (und der dann entstehenden Notwendigkeit der Aufnahme der PGF-Runde in die GOLT) nicht angeraten. Ähnliche Bedenken bestehen im Übrigen auch im Hinblick auf den weiteren Vorschlag der Fraktion zur Einführung von sog. „Konsenslisten“, die ebenfalls einer Abstimmung im Kreise der PGF bedürften.

11. Anlage 5 § 7 Absatz 5 wird wie folgt geändert:

10:0:0

- a) In Satz 1 werden nach den Wörtern „verteilt werden“ die Wörter „; dies gilt auch für Fälle der Stellvertretung gemäß § 79 Absatz 1“ eingefügt.
- b) In Satz 2 wird das Wort „Sie“ durch die Wörter „Die Verschlussache“ ersetzt.

13. Anlage 9 wird wie folgt geändert:

10:0:0

a) In § 1 Satz 2 werden die Wörter „mit einer elektronischen Signatur zu versehen“ durch die Wörter „nach dem vom Präsidium gemäß § 3 Absatz 1 festgelegten Verfahren elektronisch einzubringen“ ersetzt.

b) § 3 wird wie folgt geändert:

aa) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„Beratungsmaterialien sollen elektronisch eingebracht werden; das Präsidium legt ein entsprechendes Verfahren fest.“

bb) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aaa) In Satz 1 werden die Wörter „als Urschrift-Datei“ gestrichen.

bbb) In Satz 2 werden die Wörter „der der Landtagsverwaltung zur Weiterverarbeitung übermittelten Dateien mit der Urschrift-Datei“ durch die Wörter „beider Dateien“ ersetzt.

Begründung

Zu Nummer 1

Gemäß § 13 Absatz 1 GOLT wird die Präsidentin des Landtages im Verhinderungsfall durch den Vizepräsidenten, im Falle auch seiner Verhinderung durch die Mitglieder des Präsidiums vertreten. Als Vertreter der Präsidentin ist es ihnen gestattet, ein Dienstfahrzeug zu nutzen.

In der Praxis wird die Präsidentin jedoch bei repräsentativen Anlässen im Einzelfall auch durch Ausschussvorsitzende vertreten, wenn der Anlass seiner Art nach inhaltlich in den Zuständigkeitsbereich des entsprechenden Ausschusses fällt. Bislang gelten Fahrten aus Anlass solcher Repräsentationspflichten als Auftragsfahrten im Sinne des § 11 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 AbgG. Die Nutzung eines Dienstfahrzeuges ist damit ausgeschlossen. Diese im Vergleich zu den Fahrten der Vertreter im Sinne des § 13 GOLT unterschiedliche Behandlung erscheint nicht sachgerecht und soll daher beseitigt werden.

Zu Nummer 2

Zu Buchstabe a:

Mit dieser Änderung soll das in der Praxis übliche Verfahren in der Geschäftsordnung Niederschlag finden, im Falle von Regierungserklärungen oder der Beratung von Haushalts- oder Nachtragshaushaltsgesetzentwürfen auf eine Aktuelle Stunde zu verzichten und an deren Stelle zu Beginn der jeweiligen Tagesordnung die Regierungserklärung bzw. die Beratung des genannten Gesetzentwurfes vorzusehen. Bei Zusammentreffen beider Tagesordnungspunkte wird durch die Reihenfolge der Nennung im eingefügten Satz klargestellt, dass die Regierungserklärung an erster Stelle beraten wird.

Zu Buchstabe b:

Die seit dem 11. März 2015 als Experimentierklausel geltende Regelung zur Anmeldung von prioritären Beratungspunkten in der Landtagssitzung wird nunmehr mit den zwischenzeitlich erprobten Modifikationen in die Geschäftsordnung überführt. In der derzeit angewandten Form hat sich die Anmeldung von Prioritäten als praktikables und sinnvolles Instrument zur inhaltlichen Gestaltung und Belebung des Sitzungsablaufes bewährt.

Zu Buchstabe c:

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung eines neuen Absatzes 3.

Zu Nummer 3, 4, 8 und 12:

Diese Änderungen dienen der Vorbereitung der elektronischen Einbringung von Beratungsmaterialien in den Landtag sowie zur ausschließlich elektronischen Verteilung des Plenarprotokolls ab dem 10. April bzw. 16. Oktober 2017.

Die Änderung dient der Umsetzung des Urteils des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg vom 22. Juli 2016 (VfgBbg 70/15). Das Gericht hat festgestellt, dass es sich bei der Aktuellen Stunde um ein besonderes, dem Rederecht nach Artikel 56 Absatz 2 Satz 1 LV unterfallendes Debattenformat handelt, an dem die Gruppe ebenso teilnimmt wie die Fraktionen. Dies gilt auch für das Recht, eine solche Debatte zu verlangen.

Zu Nummer 6:

Mithilfe dieser Anfügung werden die Berichterstattungsgruppen von Enquete-Kommissionen den Unterausschüssen gleichgestellt. Damit wird klargestellt, dass es sich auch bei den Sitzungen der Berichterstattungsgruppen um Pflichtsitzungen im Sinne von § 9 Absatz 1 Satz 1 des Abgeordnetengesetzes handelt, für deren Teilnahme Kostenerstattungen gemäß § 10 Absatz 1 und § 11 Absatz 5 des Abgeordnetengesetz erstattet werden. Hierzu wird jedoch auf die Anmerkung der LT-V verwiesen (s.o.).

Zu Nummer 7:

Der Auslegungsbeschluss des Hauptausschuss vom 3. Juni 2015 wird nunmehr unmittelbar in den Text der Geschäftsordnung übernommen (siehe Information 6/25).

Zu Nummer 9:

Zu Buchstaben a und b:

Die seit dem 3. Juni 2015 als Experimentierklausel geltende Redezeit 1a, die eine Redezeit von jeweils drei Minuten vorsieht, wird unter Buchstabe a nunmehr als Redezeit 1 in die Anlage 1 der Geschäftsordnung überführt. Die Nutzung eines kürzeren Redezeitmodells hat sich als Instrument zur Beschleunigung und Belebung der Debatte in der Praxis bewährt und soll daher durch Aufnahme in die Geschäftsordnung verstetigt werden. Die unter Buchstabe b vorgenommene Verschiebung der bisherigen Redezeiten ergibt sich als Folgeänderung der Einfügung.

Zu Buchstabe c:

Zu Doppelbuchstabe aa:

Entsprechend der neuen Redezeit 1 war die Angabe zum Umfang des Bonus anzupassen.

Zu Doppelbuchstabe bb:

Liegen mehrere Anträge oder Gesetzentwürfe zu einem einheitlichen Regelungskreis zur Beratung innerhalb einer Landtagssitzung vor, werden diese in der Praxis häufig zur verbundenen Beratung innerhalb eines Tagesordnungspunktes zusammengeführt. Im Falle einer solchen verbundenen Debatte war bisher nicht geregelt, ob auch die nach den Weiteren Vereinbarungen der Anlage 1 zu vergebenden Boni zusammengefasst werden sollen. Im Falle eines einheitlichen Regelungskreises ist es dem Zweck einer dynamischen Debatte sowie eines ausgewogenen Verhältnisses von Rede und Gegenrede förderlich, auch den Bonus zusammenzufassen – ein einfacher Einbringerbonus von 3 bzw. 5 Minuten ist in diesen Fällen angemessen und ausreichend.

Die neue Regelung soll eine einheitliche Praxis gewährleisten.

Zu Doppelbuchstabe cc:

Mit dieser Änderung wird die Entscheidung des Verfassungsgerichts vom 22. Juli 2016 (VfgBbg 70/15) umgesetzt. Das Gericht hielt zwar das bisher der Gruppe zugebilligte Redezeitkontingent bezogen auf einen Plenarsitzungstag für nicht unangemessen. Aus Gründen der Folgerichtigkeit sei aber bei zweitägigen Sitzungen ein Redezeitzuschlag geboten, den die Gruppe verteilt auf die zwei Sitzungstage frei einsetzen könne. Mit der Änderung der Anlage 1 wird der Gruppe ebenso wie fraktionslosen Abgeordneten darüber hinausgehend das Recht eingeräumt, das Redezeitkontingent der gesamten Plenarsitzungswoche sitzungsübergreifend frei zu verteilen.

Ebenso wird mit der Aufhebung der bisherigen Redezeitobergrenze von fünf Minuten zu einem Beratungsgegenstand einerseits der neuen Redezeit 1 mit nur drei Minuten pro Fraktion Rechnung getragen. Andererseits erhalten die Gruppe ebenso wie der fraktionslose Abgeordnete die Möglichkeit, in Fällen, in denen die Fraktionen länger als 5 Minuten beraten dürfen, gleichfalls bei Bedarf länger zu reden. Maßstab für die Höchstgrenze ist jeweils die der kleinsten Fraktion für einen Tagesordnungspunkt zustehende Redezeit. Die Gesamtredezeit der Gruppe bzw. des fraktionslosen Abgeordneten bleibt davon unberührt.

Zu Nummer 10:

Durch die Einfügung soll gewährleistet werden, dass die Zusatzfragen sich allesamt auf die Antwort zur Hauptfrage beziehen und zusammenhängend gestellt werden. Ein ausgedehntes Dialogverfahren, innerhalb dessen weitere Zusatzfragen auch mit Bezugnahme auf die Antworten auf vorherige Zusatzfragen gestellt werden können, soll wegen der damit einhergehenden zeitlichen Ausdehnung auf Kosten anderer Mündlicher Anfragen vermieden werden.

Zu Nummer 11:

Die Änderungen sind eine Folge des mit Nummer 2 auf die Gruppe erweiterten Antragsrechts bzgl. der Aktuellen Stunde. Die Reihenfolge richtet sich nach der Stärke der Fraktionen. Ein Verweis auf die Stärke der Fraktionen im Präsidium ist eine unnötige Doppelung, da auch im Präsidium die Fraktionen

entsprechend ihrer Stärke vertreten sind. Die Änderung unter Buchstabe c ergibt sich als Folgeänderung aus der Änderung unter Nummer 5.

Zu Nummer 12:

Mithilfe der unter Buchstabe a vorgesehenen Einfügung in Satz 1 soll klargestellt werden, dass die Verteilung von VS-NfD auch an diejenigen Mitglieder des Landtages möglich ist, die im konkreten Fall ein Ausschussmitglied vertreten. Die Partizipation an der Verteilung ist für die Sitzungsvorbereitung und umfassende Wahrnehmung der Stellvertretung erforderlich. Angesichts der Einfügung ist unter Buchstabe b eine sprachliche Korrektur in Satz 2 vorzunehmen.

Korte

Verfügung

Aktenzeichen

1. Direktor a.d.D. mit der Bitte um Zustimmung zur Übermittlung an den Hauptausschuss
2. Übermittlung an P2 / HA
3. Verteilung an alle PGF, FGF sowie den Sprecher und die Geschäftsstelle der Gruppe BVB/Freie Wähler z. K.
4. P 1 z. d. A.



Anlage 3

LANDTAG
BRANDENBURG

Landtag Brandenburg, Postfach 60 10 64, 14410 Potsdam

Vorsitzenden
des Hauptausschusses
Abg. Mike Bischoff, MdL

Ausschuss für Europaan-
gelegenheiten, Entwick-
lungspolitik und Verbrau-
cherschutz

Der Vorsitzende

im Hause

Datum: 13. Oktober 2016

Stellungnahme

des Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz zur Änderung der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg (GOLT)

Ihr Schreiben vom 21. September 2016

Sehr geehrter Herr Kollege,

die Präsidentin des Landtages Brandenburg, Frau Britta Stark, hatte mit Schreiben vom 4. Juni 2015 (siehe Anlage 1) den Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz um seine Stellungnahme bezüglich einer Aktualisierung der „Experimentierklausel zum Umgang mit außerhalb des Subsidiaritätsverfahrens durch die Kontakt- und Informationsstelle des Landtages Brandenburg in Brüssel übermittelten Informationen“ (Information 5/113) gebeten. Entsprechende Bestimmungen seien im § 94 Absatz 6 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg enthalten. Gemäß § 94 Absatz 6 Satz 7 GOLT könne das Präsidium hierzu allgemeine Regelungen erlassen. Aufgrund der Neuregelung in § 94 Absatz 6 GOLT sei dieser Beschluss zu aktualisieren. Frau Präsidentin bot dem Ausschuss an, Vorschläge für Änderungen oder Ergänzungen der bisherigen Regelung zu unterbreiten. Aus Sicht der Präsidentin bestehe ein Änderungsbedarf im Absatz 2 der Experimentierklausel, da die dort vorgesehene 4-Wochen-Frist für die Anzeige des Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz an den federführenden Ausschuss zu unflexibel erscheine.

Der Hauptausschuss hat mit seinem Schreiben vom 21. September 2016 den Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz über seine Beratungen zur Änderung der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg informiert und um eine Stellungnahme bezüglich möglicher Änderungen des Verfahrens nach § 94 GOLT gebeten.

Der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz befasste sich mit dem Beratungsgegenstand und Ihrem o. g. Schreiben in seiner 19. Sitzung am 21. September 2016 und beriet über die weiteren Verfahrensschritte. In der Sitzung verständigte er sich einvernehmlich darauf, eine Stellungnahme an Ihren Ausschuss in einer Sondersitzung zu erarbeiten.



Der Ausschuss verhielt sich in seiner außerplanmäßigen 20. Sitzung am 13. Oktober 2016 nach intensiver Beratung abschließend zu einer Stellungnahme an den Hauptausschuss. Zu Beginn der Beratung lagen ein schriftlicher Antrag der CDU-Fraktion vom 13. Oktober 2016 sowie als Tischvorlage ein gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE vom 13. Oktober 2016 (siehe Anlage 2) vor. Dieser beinhaltet einen Vorschlag zur Änderung der sog. „Experimentierklausel“. Die Landtagsverwaltung übermittelte zudem am 12. Oktober 2016 einen Vermerk mit einem Entwurf einer möglichen Stellungnahme als Diskussionsgrundlage (siehe Anlage 3).

Im Laufe der Beratung zog die CDU-Fraktion ihren Antrag vom 13. Oktober 2016 zurück und stellte folgenden neuen, mündlichen Antrag für eine Stellungnahme an den Hauptausschuss:

„Der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz ist übereinstimmend zu der Auffassung gekommen, neben Anhörungen auch Fachgespräche in die Geschäftsordnung aufzunehmen. Dieses wäre eventuell möglich wie folgt:

Nach § 81 GOLT wird folgender § 81a GOLT eingefügt:

§ 81a

Durchführung von Fachgesprächen

- (1) Ein Ausschuss kann mehrheitlich beschließen, zu bestimmten Themen ein Fachgespräch mit einzelnen Experten durchzuführen.
- (2) § 81 Absatz 3 Satz 1 und § 81 Absatz 6 gelten entsprechend.

In § 94 Absatz 4 der Geschäftsordnung werden die Wörter ‚einer Woche‘ durch die Wörter ‚von drei Tagen‘ ersetzt.

Die Kontakt- und Informationsstelle des Landtages Brandenburg in Brüssel hat sich in der Vergangenheit bewährt und sie ist durchaus für die fundierte Information der Abgeordneten relevant.“

Der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz beschloss mit neun Ja-Stimmen bei keinen Nein-Stimmen und keinen Enthaltungen (9 : 0 : 0) den mündlichen Antrag der CDU-Fraktion einstimmig. Ebenso stimmte der Ausschuss mit neun Ja-Stimmen bei keinen Nein-Stimmen und keinen Enthaltungen (9 : 0 : 0) einstimmig für den gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen (siehe Anlage 2).

Im Ergebnis der Beratung und ausgehend von der Debatte stimmte der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz dem mündlichen Antrag des Vorsitzenden einstimmig (9 : 0 : 0) zu, dem Hauptausschuss folgende Stellungnahme zuzuleiten:

„Die Kontakt- und Informationsstelle des Landtages Brandenburg in Brüssel hat sich in der Vergangenheit bewährt und sie ist durchaus für die fundierte Information der Abgeordneten relevant.

Der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz ist übereinstimmend zu der Auffassung gekommen, neben Anhörungen auch Fachgespräche in die Geschäftsordnung aufzunehmen. Dieses wäre eventuell möglich wie folgt:

Nach § 81 GOLT wird folgender § 81a GOLT eingefügt:

§ 81a

Durchführung von Fachgesprächen

- (1) Ein Ausschuss kann mehrheitlich beschließen, zu bestimmten Themen ein Fachgespräch mit einzelnen Experten durchzuführen.
- (2) § 81 Absatz 3 Satz 1 und § 81 Absatz 6 gelten entsprechend.

In § 94 Absatz 4 der Geschäftsordnung werden die Wörter ‚einer Woche‘ durch die Wörter ‚von drei Tagen‘ ersetzt.

Absatz 2 der Experimentierklausel (Präsidiumsbeschluss vom 29. Mai 2013) soll wie folgt gefasst werden:

- (2) Der für Europaangelegenheiten zuständige Ausschuss kann dem fachlich zuständigen Ausschuss innerhalb von sechs Wochen nach der Übermittlung seine Stellungnahme mitteilen, sofern nicht zwischen dem Fachausschuss und dem Europaausschuss eine andere Frist vereinbart wird. Der fachlich zuständige Ausschuss soll die Stellungnahme des für Europaangelegenheiten zuständigen Ausschusses bei seiner Entscheidungsfindung einbeziehen.“

Mit freundlichen Grüßen



Marco Büchel

Anlagen:

- Anlage 1: Schreiben der Präsidentin des Landtages Brandenburg, Frau Britta Stark, vom 4. Juni 2015
- Anlage 2: gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE über einen Vorschlag zur Änderung der sog. „Experimentierklausel“
- Anlage 3: Vermerk der Landtagsverwaltung zur Änderung der Geschäftsordnung



Landtag Brandenburg, Postfach 60 10 64, 14410 Potsdam

Die Präsidentin

Vorsitzende des Ausschusses
für Europaangelegenheiten, Entwicklungspoli-
tik und Verbraucherschutz
Frau Kerstin Kaiser

im Hause

Datum: 4. Juni 2015

Umgang mit Informationen in EU-Angelegenheiten außerhalb des Subsidiaritätsfrühwarnsystems

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die neue Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg (GOLT) enthält in § 94 Absatz 6 erstmals Bestimmungen zum Umgang mit Informationen in EU-Angelegenheiten außerhalb des Subsidiaritätsfrühwarnsystems. Die Vorschrift normiert allerdings nicht alle Einzelheiten des Verfahrens. Vielmehr sieht § 94 Absatz 6 Satz 7 GOLT vor, dass das Präsidium hierzu allgemeine Regelungen erlassen kann. Derzeit gelten die Verfahrensregelungen des Präsidiumsbeschlusses vom 29. Mai 2013 zur „Experimentierklausel zum Umgang mit außerhalb des Subsidiaritätsverfahrens durch die Kontakt- und Informationsstelle des Landtages Brandenburg in Brüssel übermittelten Informationen“ (Information 5/113 – siehe Synopse in der Anlage).

Aufgrund der Neuregelung in § 94 Absatz 6 GOLT ist dieser Beschluss zu aktualisieren. Gerne gebe ich dem Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz die Gelegenheit, Vorschläge für Änderungen oder Ergänzungen der bisherigen Regelung zu unterbreiten. Änderungsbedarf dürfte jedenfalls für die Regelung in Absatz 2 der Experimentierklausel bestehen, da die dort vorgesehene 4-Wochen-Frist für die Anzeige des AEEV an den federführenden Ausschuss zu unflexibel erscheint.

Für das weitere Verfahren wäre es hilfreich, wenn der Ausschuss seine Hinweise nach Auswertung des beim Parlamentarischen Beratungsdienst in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Behandlung von EU-Angelegenheiten in den Landesparlamenten übermitteln könnte.

Mit freundlichen Grüßen


 Britta Stark

Anlage

Anlage

GOLT 5. WP/Experimentierklausel	GOLT 6. WP
<p>§ 94 - Verfahren nach Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg</p> <p>(1) Unterrichtungen der Landesregierung gemäß Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg an den Landtag werden nach deren Übermittlung an die Abgeordneten verteilt.</p> <p>(2) Beantragt ein Abgeordneter innerhalb einer Woche nach Verteilung der Unterrichtung schriftlich eine Befassung des Landtages, so übermittelt der Präsident die Angelegenheit an den fachlich zuständigen Ausschuss zur Unterbreitung einer Beschlussempfehlung an den Landtag; für Angelegenheiten der Europäischen Union ist dies in der Regel der für Europaangelegenheiten zuständige Ausschuss. Der Ausschuss kann im Rahmen seiner Beratung Stellungnahmen anderer Ausschüsse einholen. Für die anschließende Behandlung durch den Landtag gilt die Frist des § 42 Absatz 1 Satz 2.</p> <p>(3) In eilbedürftigen Angelegenheiten entscheidet der fachlich zuständige Ausschuss anstelle des Landtages über dessen Stellungnahme. Eilbedürftig sind Angelegenheiten, über die nach dem vom Präsidium festgelegten Terminplan der Landtag nicht mehr rechtzeitig beschließen kann. Der Präsident informiert die Mitglieder des Landtages über den Beschluss des Ausschusses.</p> <p>(4) Die vom Ausschuss gemäß Absatz 3 getroffene Entscheidung ist abschließend, wenn nicht eine Fraktion oder ein Fünftel der Mitglieder des Landtages innerhalb einer Woche nach der Information im Sinne des Absatzes 3 Satz 3 schriftlich beantragen, die Angelegenheit dem Landtag zur Entscheidung vorzulegen.</p> <p>(5) Unterrichtungen der Landesregierung gemäß Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg an den für Europaangelegenheiten zuständigen Ausschuss werden nach deren Übermittlung an die Mitglieder des Ausschusses verteilt. Der Ausschuss erarbeitet eine Beschlussempfehlung an den Landtag, sofern ein Mitglied des Ausschusses dies innerhalb einer Woche nach Verteilung der Unterrichtung schriftlich bei dem Vorsitzenden beantragt. Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. In eilbedürftigen Angelegenheiten findet das Verfahren gemäß Absatz 3 und 4 Anwendung.</p>	<p>§ 94 - Verfahren nach Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg, sonstige Informationen über Vorhaben der Europäischen Union</p> <p>(1) Unterrichtungen der Landesregierung gemäß Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg an den Landtag werden nach deren Übermittlung an die Mitglieder des Landtages verteilt.</p> <p>(2) Beantragt ein Mitglied des Landtages innerhalb einer Woche nach Verteilung der Unterrichtung schriftlich eine Befassung des Landtages, so übermittelt die Präsidentin die Angelegenheit an den fachlich zuständigen Ausschuss zur Unterbreitung einer Beschlussempfehlung an den Landtag; für Angelegenheiten der Europäischen Union, insbesondere im Rahmen des Subsidiaritätsfrühwarnsystems, ist dies in der Regel der für Europaangelegenheiten zuständige Ausschuss. Der Ausschuss kann im Rahmen seiner Beratung Stellungnahmen anderer Ausschüsse einholen. Für die anschließende Behandlung durch den Landtag gilt die Frist des § 42 Absatz 1 Satz 2.</p> <p>(3) In eilbedürftigen Angelegenheiten entscheidet der fachlich zuständige Ausschuss anstelle des Landtages über dessen Stellungnahme. Eilbedürftig sind Angelegenheiten, über die nach dem vom Präsidium festgelegten Terminplan der Landtag nicht mehr rechtzeitig beschließen kann. Die Präsidentin informiert die Mitglieder des Landtages über den Beschluss des Ausschusses.</p> <p>(4) Die vom Ausschuss gemäß Absatz 3 getroffene Entscheidung ist abschließend, wenn nicht eine Fraktion oder ein Fünftel der Mitglieder des Landtages innerhalb einer Woche nach der Information im Sinne des Absatzes 3 Satz 3 schriftlich beantragen; die Angelegenheit dem Landtag zur Entscheidung vorzulegen.</p> <p>(5) Unterrichtungen der Landesregierung gemäß Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg an den für Europaangelegenheiten zuständigen Ausschuss werden nach deren Übermittlung an die Mitglieder des Ausschusses verteilt. Der Ausschuss erarbeitet eine Beschlussempfehlung an den Landtag, sofern ein Mitglied des Ausschusses dies innerhalb einer Woche nach Verteilung der Unterrichtung schriftlich bei dem oder der Vorsitzenden beantragt. Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. In eilbedürftigen Angelegenheiten findet das Verfahren gemäß Absatz 3 und 4 Anwendung.</p>

Experimentierklausel

(1) Im Rahmen ihrer Informationen für die Abgeordneten und die Ausschüsse des Landtages kennzeichnet die Kontakt- und Informationsstelle die für den Landtag relevanten Themen, bei denen sie eine Befassung im Landtag empfiehlt. Der Präsident kann die gekennzeichneten Themen jeweils an den fachlich zuständigen Ausschuss zur Beratung sowie an den für Europaangelegenheiten zuständigen Ausschuss zur Kenntnis übermitteln. Daneben kann jedes Mitglied eines Fachausschusses beantragen, dass dieser Ausschuss ein von der Kontakt- und Informationsstelle übermitteltes Thema gemäß den Absätzen 2 bis 5 behandelt. Werden Themen von mehreren Ausschüssen beraten, legt der Präsident die Federführung fest.

(2) Der für Europaangelegenheiten zuständige Ausschuss kann dem fachlich zuständigen Ausschuss innerhalb von vier Wochen nach der Übermittlung anzeigen, dass er in der Angelegenheit eine Stellungnahme an den fachlich zuständigen Ausschuss abzugeben beabsichtigt. Der fachlich zuständige Ausschuss soll die Stellungnahme des für Europaangelegenheiten zuständigen Ausschusses bei seiner Entscheidungsfindung einbeziehen.

(3) Hält der fachlich zuständige Ausschuss eine Stellungnahme des Landtages im konkreten Fall für geboten, wird der Entwurf einer solchen Stellungnahme im Ausschuss beschlossen und dem Präsidenten übermittelt. Der Entwurf soll in der Regel auch den oder die Adressaten der Stellungnahme angeben. Hält der Ausschuss eine Stellungnahme des Landtages für nicht geboten, so teilt er dem Präsidenten diese Entscheidung mit. Der Präsident informiert alle Abgeordneten über einen vom Ausschuss beschlossenen Entwurf einer Stellungnahme des Landtages.

(4) Beantragt ein Abgeordneter binnen sieben Tagen nach der Information des Präsidenten schriftlich die Befassung des Landtages, so wird der Entwurf der Stellungnahme als Beschlussempfehlung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtages gesetzt. Unterbleibt ein Antrag, so gilt der Entwurf der Stellungnahme mit Ablauf der Frist als Stellungnahme des Landtages.

(5) Der Präsident übermittelt die Stellungnahme des Landtages den dort genannten Adressaten, jedenfalls aber der Europäischen Kommission sowie der Landesregierung.

(6) Sonstige Informationen über Vorhaben der Europäischen Union erhalten die Mitglieder des Landtages und Ausschüsse von der Kontakt- und Informationsstelle des Landtages in Brüssel.

Im Rahmen dieser Informationen kennzeichnet die Kontakt- und Informationsstelle die für den Landtag relevanten Themen, bei denen sie eine Befassung im Landtag empfiehlt. Die Präsidentin kann die gekennzeichneten Themen jeweils an den fachlich zuständigen Ausschuss zur Beratung sowie an den für Europaangelegenheiten zuständigen Ausschuss zur Kenntnis übermitteln. Daneben kann jedes Mitglied eines Fachausschusses beantragen, dass dieser Ausschuss ein von der Kontakt- und Informationsstelle übermitteltes Thema behandelt. Der für Europaangelegenheiten zuständige Ausschuss ist von dem oder der Vorsitzenden des Fachausschusses über den Antrag zu informieren. Werden Themen von mehreren Ausschüssen beraten, legt die Präsidentin die Federführung fest.

Das Präsidium beschließt allgemeine Regelungen zu den Einzelheiten des Verfahrens und legt dabei auch fest, unter welchen Voraussetzungen der Entwurf der Stellungnahme eines Ausschusses als Stellungnahme des Landtages gilt.

**Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und
Verbraucherschutz**



Antrag

der SPD-Fraktion
der Fraktion DIE LINKE

über einen Vorschlag zur Änderung der sog. „Experimentierklausel“

Absatz 2 der Experimentierklausel (Präsidiumsbeschluss vom 29. Mai 2013) soll wie folgt gefasst werden:

(2) Der für Europaangelegenheiten zuständige Ausschuss kann dem fachlich zuständigen Ausschuss innerhalb von sechs Wochen nach der Übermittlung seine Stellungnahme mitteilen, sofern nicht zwischen dem Fachausschuss und dem Europaausschuss eine andere Frist vereinbart wird. Der fachlich zuständige Ausschuss soll die Stellungnahme des für Europaangelegenheiten zuständigen Ausschusses bei seiner Entscheidungsfindung einbeziehen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B. Hackenschmidt'.

Barbara Hackenschmidt

für die SPD-Fraktion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Marco Büchel'.

Marco Büchel

für die Fraktion DIE LINKE

Eingegangen

6/10319

12. OKT. 2016

Landtagsverwaltung
Referat P 1

\\ucs224fuml-hornetkorten\Documents\P 1\Brüssel\Vermerk AEEV 11-10-16.docx

11. Oktober 2016

Nadine Korte

Tel.: +49 331 966-1133

kleiner Verteiler
A 3 per
E-Mail

Vermerk

Änderung der Geschäftsordnung

Überarbeitung von § 94 GOLT – Umgang mit Informationen der Kontakt- und Informationsstelle des Landtages in Brüssel

Der Vorsitzende des Hauptausschusses hat mit Schreiben vom 21.09.2016 die Bitte des Hauptausschusses an den AEEV herangetragen, zum Zwecke der Einbeziehung in die aktuellen Überlegungen zur Anpassung der Geschäftsordnung eine Stellungnahme zu etwaigem Überarbeitungsbedarf des § 94 GOLT einschließlich der darauf aufbauenden Verfahrensregelungen des Präsidiums zu übermitteln.

Zum Zwecke der Erleichterung des Verfahrens wurde die Landtagsverwaltung gebeten, entsprechende Vorschläge für eine Stellungnahme zur weiteren Beratung und Beschlussfassung im AEEV vorzulegen.

Vor diesem Hintergrund hat der Vorsitzende des AEEV zwecks Erörterung möglicher Eckpfeiler für den Entwurf einer Stellungnahme um einen Beratungstermin mit dem für Geschäftsordnungsfragen zuständigen Referat P1 gebeten. Auf Basis dieses Gesprächs vom 11.10.2016 wird nachstehend der Entwurf einer Stellungnahme des AEEV an den Hauptausschuss zur weiteren Befassung im AEEV unterbreitet:

Entwurf einer Stellungnahme des AEEV

„Seit Einrichtung der Kontakt- und Informationsstelle des Landtages in Brüssel hat sich die Versorgung des Landtages mit Informationen über Entscheidungsprozesse der Europäischen Union wesentlich verbessert.

Die rechtzeitige und umfassende Information von Abgeordneten der Landesparlamente über aktuelle politische und rechtliche Entwicklungen der Europäischen Union bildet aus Sicht des AEEV eine zentrale Grundlage für die Einbeziehung der spezifischen Interessen der Regionen Europas in den Europäischen Diskurs – und leistet insofern einen entscheidenden Beitrag zur Steigerung der demokratischen Verankerung und Legitimation Europas.

Die Kontakt- und Informationsstelle des Landtages in Brüssel (KIST) informiert den AEEV regelmäßig und umfassend über ein breites Spektrum an Themen. Diese bisherige Arbeit der KIST wird ausdrücklich gewürdigt und ihre Relevanz für eine fundierte Information der Abgeordneten hervorgehoben.

Auch begrüßt der Europaausschuss die auf die Initiative der Präsidentin des Landtages geplante Gründung eines eigenen Referates der Landtagsverwaltung, das sich schwerpunktmäßig mit Europaangelegenheiten befassen wird.

Diese personelle Verstärkung bildet die Grundlage, um über das bereits durch die KIST gelegte, solide Fundament hinaus die Einbindung aller Abgeordneten des Landtages in den Informationsfluss weiter zu verstärken.

Die vom AEEV nachfolgend vorgelegten Vorschläge zur Überarbeitung des bestehenden Regelwerks tragen insbesondere zwei grundsätzlichen Gedanken Rechnung:

1. Je früher die Interessen der Landesparlamente im Prozess der europäischen Entscheidungsfindung Gehör finden, desto größer sind die Chancen der Einbeziehung und Einflussnahme auf den weiteren Diskussionsverlauf. Daher ist es zur effektiven Interessenvertretung erforderlich, die Aufmerksamkeit primär auf die Frühstadien der Gesetzgebung auszurichten.
2. Für eine breite und inhaltlich vertiefte Befassung ist es von erheblicher Bedeutung, dass die aktuellen europäischen Themen auch als Fachthemen wahrgenommen werden. Um eine ausführliche und qualifizierte Meinungsbildung unter Einbeziehung der jeweiligen Fachpolitikerinnen und -politiker zu gewährleisten, müssen diese Themen ebenfalls Eingang in die Diskussion der jeweils zuständigen Fachausschüsse finden. Gleichzeitig soll dem AEEV weiterhin ermöglicht werden, aktuelle Themen des Europäischen Diskurses zu bündeln und aus europapolitischer Sicht zu beleuchten.

Vor diesem Hintergrund schlägt der AEEV vor, § 94 Absatz 6 GOLT wie folgt zu ändern und einen neuen Absatz 7 anzufügen:

Formulierungsvorschlag GOLT

§ 94

Verfahren nach Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg, sonstige Informationen über Vorhaben der Europäischen Union

(...)

(6) Sonstige Informationen über Vorhaben der Europäischen Union erhalten die Mitglieder des Landtages und Ausschüsse von der Kontakt- und Informationsstelle des Landtages in Brüssel. ~~Im Rahmen dieser Informationen kennzeichnet die Kontakt- und Informationsstelle die für den Landtag relevanten Themen, bei denen sie eine Befassung im Landtag empfiehlt. Die Präsidentin kann die gekennzeichneten Themen jeweils an den fachlich zuständigen Ausschuss zur Beratung sowie an den für Europaangelegenheiten zuständigen Ausschuss zur Kenntnis übermitteln. Daneben kann jedes Mitglied eines Fachausschusses beantragen, dass dieser Ausschuss ein von der Kontakt- und Informationsstelle übermitteltes Thema behandelt. Die regelmäßige Befassung mit diesen Informationen ist Aufgabe aller Fachausschüsse im Rahmen ihrer jeweiligen Aufgabenbereiche.~~ Der für Europaangelegenheiten zuständige Ausschuss ist von dem oder der Vorsitzenden des beratenden Fachausschusses über den Antrag die wesentlichen Inhalte und Ergebnisse von Beratungen gemäß Satz 2 zu informieren. ~~Werden Themen von mehreren Ausschüssen beraten, legt die Präsidentin die Federführung fest.~~ Das Präsidium beschließt allgemeine Regelungen zu den Einzelheiten des Verfahrens und legt dabei auch fest, unter welchen Voraussetzungen der Entwurf der Stellungnahme eines Ausschusses als Stellungnahme des Landtages gilt.

(7) Hält ein Ausschuss im Ergebnis einer Befassung nach Absatz 6 Satz 2 eine Stellungnahme des Landtages für geboten, übermittelt er der Präsidentin den Entwurf einer solchen Stellungnahme. Die Präsidentin informiert die Mitglieder des Landtages über den Beschluss

des Ausschusses. Der Entwurf gilt als Stellungnahme des Landtages, wenn nicht ein Mitglied des Landtages binnen sieben Tagen nach der Information die Befassung des Landtages beantragt. Im Falle eines Antrages nach Satz 3 wird der Entwurf der Stellungnahme als Beschlussempfehlung des Ausschusses auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtages gesetzt. Die Präsidentin übermittelt eine Stellungnahme des Landtages im Sinne von Satz 3 oder 4 an den dort benannten Adressatenkreis, an die Europäische Kommission sowie die Landesregierung.

Auf diesem Wege wird die in der bisherigen Anwendung als umständlich empfundene Vorschlags- und Überweisungskonstruktion des Absatzes 6 durch eine allgemeine Grundlage zur Befassung aller Fachausschüsse ersetzt und eine umfassende Diskussion der Informationen aus Brüssel damit erleichtert.

Der neu angefügte Absatz 7 regelt das Verfahren, um eine von einem Ausschuss beschlossene Stellungnahme unter den dortigen Voraussetzungen als Stellungnahme des Landtages an die Adressaten, die Europäische Kommission sowie die Landesregierung übermitteln zu können. Ähnliche Regelungen waren bisher in der vom Präsidium am 14. Oktober 2014 beschlossenen Experimentierklausel vorgesehen – nunmehr wird das Verfahren als weiterer wesentlicher Baustein für eine Erleichterung der Meinungsbildung des Landtages adäquat in der Geschäftsordnung verankert. Durch das jedem Mitglied des Landtages eröffnete Antragsrecht bleibt gleichzeitig die Möglichkeit gewahrt, jederzeit eine Befassung des Landtages herbeiführen zu können.

Weiter wird vorgeschlagen, diese Aufgabe in § 75 Absatz 1 GOLT neben den bisherigen Aufgaben der Ausschüsse wie folgt zu verankern:

Formulierungsvorschlag GOLT

§ 75

Aufgaben der Ausschüsse

(1) Die Ausschüsse werden im Rahmen der ihnen vom Landtag erteilten Aufträge tätig. Innerhalb ihres Aufgabenbereiches können sie sich auch aus eigener Initiative mit einer Sache befassen und dem Landtag Empfehlungen unterbreiten. Empfehlungen im Sinne von Satz 2 sind Gesetzentwürfe, Anträge und Entschließungsanträge. Weiter befassen sich die Ausschüsse regelmäßig mit Informationen im Sinne von § 94 Absatz 6.

(...)

Hiermit ist die Aufgabe der regelmäßigen Befassung mit den Informationen im Sinne von § 94 Absatz 6 gegenüber dem allgemeinen Selbstbefassungsrecht adäquat hervorgehoben, die Aufgabe jedoch gleichzeitig nicht als Auftrag im Sinne des Satzes 1 klassifiziert. Dies bringt einerseits die Erwartungshaltung einer regelmäßigen Befassung gegenüber einem bloßen Befassungsrecht zum Ausdruck, gibt jedoch den Ausschüssen die nötige Flexibilität im Hinblick auf die Ergebnisse der Befassung, da keine „Erledigung“ im Sinne von § 75 Absatz 3 notwendig würde.

Darüber hinaus schlägt der AEEV vor, dem Präsidium nachfolgende Verfahrensregelungen zum Beschluss vorzulegen:

Entwurf der Verfahrensregelungen gemäß § 94 Absatz 6 Satz 4 GOLT

„Gemäß § 94 Absatz 6 Satz 4 der Geschäftsordnung beschließt das Präsidium zum Umgang mit Informationen der Kontakt- und Informationsstelle des Landtages:

1. Hält ein Ausschuss eine Stellungnahme des Landtages für geboten,
 - a. zeigt er dies vor dem Verfahren nach § 94 Absatz 7 dem für Europaangelegenheiten zuständigen Ausschuss an und gibt ihm die Gelegenheit, innerhalb von sechs Wochen hierzu Stellung zu nehmen. Macht der für Europaangelegenheiten zuständige Ausschuss von dieser Möglichkeit Gebrauch, soll der Fachausschuss die Stellungnahme des für Europaangelegenheiten zuständigen Ausschusses bei seiner Entscheidungsfindung einbeziehen;
 - b. führt er in den Fällen, in denen auch Aufgabenbereiche anderer Ausschüsse betroffen sind, zunächst eine Verständigung über die Federführung mit diesen Ausschüssen herbei. Kommt dabei keine Einigung zustande, legt die Präsidentin die Federführung fest.
2. Zur Gewährleistung ihrer Aufgabe aus § 75 Absatz 1 Satz 4 GOLT sollen die Ausschüsse die Informationen der Kontakt- und Informationsstelle des Landtages in Brüssel regelmäßig im Rahmen ihrer Sitzungen behandeln – dies kann etwa durch die Aufnahme eines regelmäßigen Tagesordnungspunktes realisiert werden.
3. Zur Vorbereitung von Beratungen im Sinne der Nummer 2 wird das jeweilige Ausschussesekretariat von dem für Europaangelegenheiten zuständigen Referat der Landtagsverwaltung unterstützt.
4. Die gemäß § 94 Absatz 6 Satz 3 vorgesehene Information des für Europaangelegenheiten zuständigen Ausschusses kann in Form von (ggf. verdichteten und auf wesentliche Inhalte und Ergebnisse beschränkten) Protokollauszügen realisiert werden.
5. Das für Europaangelegenheiten zuständige Referat des Landtages wird gebeten, einen themenorientierten Informationspool im Intranet des Landtages aufzubauen, der es allen Mitgliedern des Landtages ermöglicht, einen Überblick über die Informationen der Kontakt- und Informationsstelle des Landtages sowie die diesbezüglichen Diskussionen der Ausschüsse zu gewinnen.
6. Die Frühstadien der europäischen Entscheidungsfindung sollen zum Zwecke einer effektiven Einbeziehung von Stellungnahmen des Landtages besonders in den Blick genommen werden; daher wird die Kontakt- und Informationsstelle des Landtages gebeten, der frühzeitigen Auswertung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission sowie aktueller Grün- und Weißbücher eine erhöhte Priorität einzuräumen.
7. Der für Europaangelegenheiten zuständige Ausschuss wird gebeten, die Regelungen der Nummern 1 bis 6 im IV. Quartal 2017 in geeigneter Form zu evaluieren und dem Präsidium hierzu im I. Quartal 2018 einen Bericht vorzulegen.“

Mit diesen Vorschlägen wird den vorgenannten Grundgedanken der stärkeren Konzentration auf die Frühstadien der europäischen Entscheidungsfindung und der Stärkung einer breiten Diskussion in allen Fachausschüssen aus Sicht des AEEV angemessen Rechnung getragen.“

N. Herte

Verfügung

Aktenzeichen

1. AL P zur Mitzeichnung
2. P 2 / AEEV z.w.V.
3. P 1 z. d. A.

il. / 12.10.76

Dr. Frau Präsidentin ✓
Dr. Herr Direktor ✓
Dr. 12.10.76
Dr.